

100% sozial

KPÖ Kärnten/Koroška

Wie wir uns die Landespolitik vorstellen

Landespolitik kann beitragen zu ...

- ... einer anderen, an den Bedürfnissen der 90% orientierten Wirtschaft und Politik
- ... sozialer Solidarität
- ... grundlegenden gesellschaftlichen Alternativen

Kärnten ist ein landschaftlich schönes, zwei- und mehrsprachiges, kulturell vielfältiges Land, mit vielen herzlichen Menschen voller Ideen und Innovationskraft. Aber: Kärnten ist auch ein gespaltenes Land. Unglaublichem Reichtum einer kleinen Minderheit stehen große Teile der Bevölkerung gegenüber, die zurecht enttäuscht sind über die unsoziale Entwicklung. Löhne werden durch die Inflation gedrückt, der Arbeitsdruck wächst, Jobs werden unsicherer und schlechter. Mieten und Lebenshaltungskosten steigen, eine alles umfassende Teuerung erschwert das Leben, Rassismus wird salonfähig. Die vielfältigen globalen Krisen bedrohen auch unsere Lebensperspektive. Immer mehr Menschen müssen sich vor der Zukunft fürchten, viele wandern ab. Kärnten ist das einzige österreichische Bundesland, das allen Prognosen zufolge auf lange Sicht bevölkerungsmäßig schrumpft.

Aber kann die Landespolitik etwas an diesen Zuständen ändern? Einiges, meinen wir. Doch dafür brauchen wir eine andere Politik.

Unser Wahlprogramm enthält Forderungen, mit denen wir diesem Ziel näher kommen wollen. Wir wenden uns damit an alle, die mit den herrschenden Zuständen nicht einverstanden sind, die enttäuscht sind über die Zerstörung sozialer Errungenschaften. Die nach grundsätzlichen sozialen und solidarischen Alternativen suchen – gegen eine Politik, die den Reichtum von Wenigen begünstigt, und für eine Politik, die das Wohl von uns allen zum Ziel hat.

Es gibt ein Leben vor der Rente

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für die gerechte Verteilung und Bezahlung von Arbeit ein.

Heute dient der technologische Fortschritt nicht dem Wohl der Menschen, sondern der Profitmaximierung. Statt mehr Freizeit bedeutet dies meist Intensivierung der Arbeit bis zum Umfallen für jene, die einen Job haben, während ein anderer Teil immer schwerer bezahlte Arbeit findet.

Kärnten hat nach Wien die zweithöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer (über 10%, Quelle: Statista 2023). Gleichzeitig ist Kärnten reich an Jobs im Niedrig-Lohn-Bereich. Vor allem Frauen füllen dieses Lohnsegment und sie müssen neben dem Beruf meist noch unbezahlt im Haushalt arbeiten, Kinder betreuen und Angehörige pflegen. Jungen Menschen fehlt durch die Situation am Arbeitsmarkt oft jede Perspektive, sie wandern in andere Bundesländer ab.

Wir meinen: eine grundlegend andere Sicht auf Arbeit ist notwendig. Wer sind die wirklichen Leistungsträger in unserer Gesellschaft? Ist es der Immobilienspekulant, oder die Krankenschwester; der Investmentbanker oder die rumänische 24-Stunden-Pflegerin?

»Silicon Alps« tönt es landauf und landab. Multinational vernetzte Unternehmen bieten auch in unserem Bundesland viele Arbeitsplätze, gleichzeitig aber birgt diese Abhängigkeit das Potential großer Unsicherheit, weil das Kapital die Tendenz hat abzuwandern, wenn es woanders mehr Profit erwartet. Der internationale Standort-Wettbewerb übt zusätzlichen Leistungsdruck auf die Beschäftigten aus. Darum setzen wir auf die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, und setzen uns ein für gerechte Bezahlung und Verteilung von Arbeit. Wir wollen Arbeitsplätze, von denen wir gut leben können und die uns nicht krankmachen. Unsere Gesellschaft produziert mehr Reichtum als je zuvor. Es wird Zeit, dass alle an diesem Wohlstand teilhaben – nicht nur die Reichen! Es geht uns nicht darum, Neidkomplexe zu schüren. Wir wollen die Ursache ihres Entstehens beseitigen.

100% sozial:

- Neuverteilung der Arbeit: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Mindestlohn von 1.750 Euro
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und nicht der Arbeitslosen
- Soziale Lösungen, um die Digitalisierung als Chance zu nützen
- Verbindliche Einkommenshöchstgrenzen, gemessen an der Armutsgrenze. 100% Lohn/Einkommenssteuer bei Einkommen ab 500.000 € im Jahr
- Übernahme von LeiharbeiterInnen im öffentlichen Sektor in reguläre Arbeitsverhältnisse, keine öffentlichen Gelder an Firmen und Institutionen, die LeiharbeiterInnen beschäftigen. Mittelfristig die generelle Abschaffung der Leiharbeit (mit Ausnahmen)
- Generelle Erhöhung der Lehrlingsentschädigung, Übernahme von Internatskosten durch Unternehmen und Staat
- Schaffung eines Lehrlingseinstellungsgesetzes und eines Berufsausbildungsfonds

Armut bekämpfen – bedingungslos!

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für eine gerechte und solidarische Gesellschaft ein.

Wir leben in einem der reichsten Länder Europas. Die Millionenvermögen steigen – gleichzeitig aber auch die Armut. 80.000 Menschen in Kärnten haben kaum genug Geld zum Leben, während die Reichen immer reicher werden. Statt etwas dagegen zu tun, kürzt die Politik bei jenen, die Unterstützung brauchen. Sie spielt sogar jene, die am wenigsten haben, skrupellos gegeneinander aus. Mit rassistischer Stimmungsmache hetzt die herrschende Politik die von Armut Gefährdeten gegen Geflüchtete und Schutzsuchende auf.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der niemand Angst haben muss, auf der Strecke zu bleiben. Soziale Absicherung muss es für alle geben, egal wer sie sind und woher sie kommen. Armut muss bekämpft werden, nicht die Armen. Um die Ausbeutung von Menschen und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu überwinden, muss das herrschende neoliberal-kapitalistische Wirtschaftssystem überwunden werden.

100% sozial:

- Einführung des entgeltfreien Energietickets für alle, die in Kärnten leben, damit Energiearmut unterbunden wird und keine Wohnung kalt und dunkel bleiben muss
- Sofortige Erhöhung der Mindestpension auf 1.300 Euro, um der Altersarmut vorzubeugen
- Deutliche Erhöhung der Familienbeihilfe
- Bessere soziale Absicherung von Ein-Personen-Unternehmen
- Soziale Absicherung und gerechte Löhne für Kunstschaffende und Kulturarbeitende, um eine vielfältige demokratische Kultur zu ermöglichen
- Sicherung und Ausbau des Umlagesystems und des Generationenvertrages zur Pensionsfinanzierung statt Zwang zur privaten Vorsorge
- Abschaffung staatlicher Zuschüsse zu privaten Pensionsversicherungsmodellen
- Bundeseinheitliche und repressionsfreie Grundsicherung vierzehnmals im Jahr unabhängig von Partner- und Haushaltseinkommen
- Zügigen und umfassenden Ausbau der frühkindlichen Betreuung
- Recht auf einen kostenlosen und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplatz ab dem sechsten Monat
- Kärntenweit einheitliche Kosten für Bildungs- und Betreuungsplätze
- Landesweit einheitliche Kostenkontrolle in öffentlichen Institutionen

Die Wohnungen den Menschen!

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für Wohnbedingungen ein, die für alle leistbar sind.

Wohnen darf nicht arm machen! Die Kosten für Wohnraum steigen seit Jahren weit stärker als die Einkommen. Immer mehr Menschen können sich deshalb das Wohnen kaum noch leisten. Viele junge Menschen schaffen es erst gar nicht, von zu Hause auszuziehen. Anstatt leistbares, würdevolles und umweltfreundliches Wohnen für alle zu befördern, lässt die Politik zu, dass sogenannte Investoren mit dem Grundrecht auf Wohnen, auf Kosten der Vielen spekulieren.

Wohnen ist für uns ein Grundrecht, und darf keine Ware sein. Darum sind wir strikt gegen die Privatisierung von öffentlichem Wohnbau. Nicht nur wegen der damit vielfach verbundenen Korruption, sondern weil wir eine grundlegend andere Wohnpolitik wollen. Eine, die sich an den Bedürfnissen der BewohnerInnen orientiert anstatt an den Profiten von Investoren. Herzstück einer sozialen Wohnpolitik ist der öffentliche Wohnbau.

Wir setzen uns ein für:

- Ausbau des kommunalen und öffentlichen Wohnbaus, gegen Privatisierungen
- Einführung verbindlicher Mietzinsobergrenzen, Rückkehr zum Kategoriemietzins-System
- Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung – Nein zur Spekulation mit öffentlichen Geldern
- Bekämpfung von Diskriminierungen am Wohnungsmarkt – Wohnen ist ein Menschenrecht
- Abschaffung befristeter Mietverträge (mit Ausnahmen)
- Abschaffung der Vergebührung für Mietverträge
- Kein Ausverkauf öffentlicher Liegenschaften, sondern Reservierung von Grundstücken für den Wohnbau durch die öffentliche Hand
- Einführung einer Leerstandsabgabe gegen Spekulation
- Einführung einer Zweitwohnsitzabgabe für »kalte Betten«
- Einführung eines Kautionsfonds nach Grazer Vorbild
- Demokratische Mitbestimmung in Mietwohnungen, Ausbau der Mietervertretungen

Schluss mit der Zweiklassenmedizin

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für beste medizinische Versorgung für alle ein, gegen Profitemacherei, die uns krankmacht.

Eine gute und allen Menschen zugängliche öffentliche Gesundheitsversorgung ist ein elementarer Baustein sozialer Politik. In Österreich geht die Entwicklung derzeit jedoch in die falsche Richtung. Wir leben mit einer Zwei- bzw. Mehr-Klassen-Medizin: Wer sich, wie die meisten, keine Privatversicherung leisten kann, spürt, dass die Gesundheitsversorgung immer schlechter wird. Die Wartezeiten werden länger, das Krankenhaus im Bezirk und die Arztpraxis im Ort schließen, der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten im Pflege- und Gesundheitsbereich steigt immens. Statt das Pflege- und Gesundheitswesen auszubauen und weiterzuentwickeln, wird es zunehmend dem Zugriff von Pharma- und Medizintechnik-Unternehmen geöffnet, sprich der kapitalistischen Profitlogik unterworfen (die PatientInnen sollen als »KundInnen« begriffen werden), werden Einsparungen am Personal bis zum Burnout der im Gesundheitswesen Beschäftigten und Systemkollaps durchgesetzt.

Auch Gesundheit ist ein Menschenrecht, unabhängig vom Kontostand. Alle müssen Zugang zum Gesundheitswesen haben und alle haben ein Recht auf menschenwürdige Betreuung. Aber Gesundheit hört nicht beim Krankenhaus und in der Pflege auf: Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle ein gesundes Leben ohne Stress und Armut führen können. Das schließt auch die Entstigmatisierung von psychischen Krankheiten und einen neuen Umgang mit Sucht und Drogenpolitik ein.

100% sozial:

- Gleichen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen für alle statt Zweiklassenmedizin
- Ausreichend Pflegekräfte und genug Zeit für menschenwürdige Betreuung
- Radikale Ausweitung der psychotherapeutischen Versorgung und kostenlosen Zugang zu Psychotherapie
- Abschaffung der Selbstbehalte – Selbstbehalte sind Steuern gegen Kranke
- Senkung der Einstiegshürde für Pflegegeld und jährliche Valorisierung
- Ausbau von Suchtbetreuung und Präventionsarbeit. Generelles Verbot des »kleinen Glücksspiels«, denn Sucht ist eine Krankheit
- Neuordnung der Drogenpolitik, kontrollierte Legalisierung von Cannabis
- Förderung genderspezifischer Gesundheitsprogramme
- Freien Zugang zur professionellen Ausbildung und gerechte Anstellungsverhältnisse für sämtliche Professionen im Gesundheitswesen
- Beibehaltung der umlagebasierten Finanzierung des Gesundheitswesens
- Ersatzlose Streichung der Höchstbeitragsgrundlage für Krankenversicherungsbeiträge
- Selbstverwaltung des Sozialversicherungssystem durch ArbeiterInnenvertretung
- Humanisierung der Arbeitsbedingungen im Pflegebereich, Senkung des geltenden Pflegeschlüssels
- Medizinische und Betreuungszentren im ländlichen Raum und in den Stadtvierteln.

Gleiche Chancen, gleicher Wert!

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für Gleichberechtigung und freie Entfaltung aller ein, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Viele Frauen verdienen in Österreich weniger als ihre männlichen Kollegen, sie haben schlechtere Aufstiegschancen und leisten den überwiegenden Teil der unbezahlten Arbeit. Immer noch müssen Frauen sowohl Erwerbsarbeit als auch Kindererziehung übernehmen. Teilzeitjobs und unsichere Arbeitsverhältnisse verschlimmern die Altersarmut und machen Frauen von Sozialleistungen sowie vom Partner abhängig. Viele Menschen werden durch veraltete Geschlechterrollen in ihrer Selbstbestimmung und ihrer Sexualität eingeschränkt.

Bisher unbezahlte Pflege-, Haushalts- und Erziehungsarbeit muss nicht nur zwischen den Geschlechtern aufgeteilt, sondern auch entsprechend entlohnt werden. Berufe, die gerne von Frauen ausgeübt werden, brauchen gleiche Mindestgehälter wie männlich dominierte Berufe. Ein eigenständiges Leben muss für Frauen in jedem Alter möglich sein. Menschen müssen sich frei von geschlechtlichen Zuschreibungen und Orientierungen gleichberechtigt und selbstbestimmt begegnen können.

100% sozial:

- Massive finanzielle Aufwertung von frauendominierten Berufen und bisher unbezahlter Pflege- und Reproduktionsarbeit.
- Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit
- Keine Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen, solange Frauen den Großteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit machen müssen und nicht gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit realisiert ist
- Sicherung des eigenständigen Lebens für Frauen in jedem Alter
- Ausbau und finanzielle Absicherung von Frauen- und Mädcheneinrichtungen – Frauenhäuser stärken, nicht schwächen
- Verbesserung und Ausbau des Aufklärungsunterrichts in den Schulen
- Frauenförderungs- und Diversitätsprogramme auf allen Ebenen der Gesellschaft
- 50-prozentige Frauenquote in Vorständen, Aufsichtsräten und im öffentlichen Dienst
- Einführung von geschlechtergerechter Budgetgestaltung (Gender Budgeting) im öffentlichen Bereich
- Abtreibung raus aus dem Strafrecht
- Gratis-Verhütungsmittel für alle

Freier Zugang und Spass am Lernen für alle!

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für ein Bildungswesen ohne soziale Schranken ein, ohne Angst und mit Spaß am Lernen.

Unter dem Deckmantel der »Autonomie« wird das öffentliche Bildungswesen von der Grundschule bis zur Universität zunehmend ausgehungert. Immer mehr junge Menschen leiden schon früh unter Leistungsdruck, konkurrenzbedingtem Mobbing und Existenzängsten. Engagierte Lehrende finden im überkommenen System wenig bis keine Unterstützung und werden bis zur Erschöpfung getrieben. Die Reichen in der Gesellschaft weichen zunehmend auf private Elite-Schulen aus. Bildungspolitik ist momentan ein Hick-Hack auf den Rücken von Kindern, Jugendlichen, Auszubildenden und Lehrenden.

Schule, Universität und außerschulische Bildungsangebote sollen die freie Entfaltung aller Menschen und ihre Kritikfähigkeit fördern. Wir wollen ein Bildungswesen, das den heutigen Anforderungen der Vielsprachigkeit, kulturellen Vielfalt und medialen Vernetztheit gerecht wird, das Kooperation statt Konkurrenzverhalten befördert. Eine neue Bildungspolitik ist notwendig, die dafür finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcen schafft. Alle Menschen haben ein Recht auf gute Bildung, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bzw. ihren finanziellen Möglichkeiten. Die Bildungseinrichtungen müssen auf neue Beine gestellt, veraltete Modelle endlich weggeräumt werden.

100% sozial:

- Gemeinsame Ganztagschulen bis zum 14. Lebensjahr
- Kleinere Klassen, mehr Lehrpersonal
- Massive Förderung der Schulbildung in beiden Landessprachen sowie generell der Mehrsprachigkeit in den Schulen und Entwicklung entsprechender didaktischer Konzepte
- Einbindung der emanzipatorischen Geschichte der Arbeiter-, der Friedens-, der feministischen und der antifaschistischen Widerstandsbewegung Österreichs in die Schulbücher bzw. in den Unterricht sämtlicher Schulstufen
- Gleiche Bezahlung für alle PädagogInnen vom Kindergarten bis zur Oberstufe
- Gesunde Mahlzeiten in den Schulen, Abschaffung von Hausaufgaben
- Sozialarbeit in den Schulen und ausreichende Ausstattung schulpsychologischer Dienste
- Bei Schulneubauten oder -renovierungen Schaffung von Arbeitsräumen und Büros für Lehrende, ebenso Räume für adäquate Bildungsarbeit abseits vom Frontalunterricht, wie etwa Erholungsräume und Räume für Gruppenarbeiten
- Ausbau der Erwachsenenbildung
- Kulturelle Bildungsmöglichkeit für alle – egal welchen Alters
- Freien Zugang zu Hochschulen ohne Studienplatzbeschränkung und Studiengebühren
- Keine Subventionierung von Privatunis, sondern ausreichende öffentliche Finanzierung der staatlichen bzw. öffentlichen Universitäten, Stützung der Grundlagenforschung sowie freier und von Konzernen unabhängiger Forschung
- Ende des Sparprogramms auf Kosten der Bildung. Erhaltung von Schulstandorten.

Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen sichern

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für sofortige Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe und eine nachhaltige Veränderung der Produktions- und Energiepolitik ein.

Der Klimawandel wächst sich zu einer der größten Bedrohungen für die Menschheit aus. Vor allem der wahnhafte Zwang zur Profitmaximierung im Kapitalismus zerstört auf Dauer die Möglichkeit der Menschen und der Tiere, auf diesem Planeten zu überleben. Daran kann das Gerede über Greenjobs nichts ändern. Wer über den Kapitalismus nicht reden will, soll auch über den Klimawandel schweigen. Ohne grundlegende Veränderung der Produktions- und Energiepolitik sind Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe nicht denkbar. Letztlich wird ein Systemwandel nötig sein. Auch die internationalen Klima-Abkommen bleiben folgenlos, solange sie nicht einklagbar sind. Um die Ressourcen und Grundlagen der heutigen und nächsten Generationen zu sichern, ist eine nachhaltige Veränderung der Produktions- und Konsumgesellschaft hin zu einer sozialen, Kooperation befördernden, solidarischen sowie modernen und ökologischen Raumordnung, die Nahversorgung und Teilhabe für alle gewährleistet, nötig.

100% sozial:

- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe statt Umweltzerstörung für Konzerninteressen
- Förderung der Sanierung großvolumiger Wohnbauten nach energetischen Kriterien
- Neubauten nur nach höchsten ökologischen Standards
- Ausbau CO₂-neutraler Energiegewinnung durch regionale Energiegenossenschaften
- Stopp der Bodenversiegelung und Renaturierung nicht mehr genutzter Gewerbe- und Industrieflächen
- Erhaltung der Artenvielfalt und eines adäquaten Lebensraumes für Wildtiere
- Artgerechte, ihren Bedürfnissen entsprechende Haltung von Nutz- und Haustieren

KPÖ Kärnten/Koroška unterstützt auch die Petition »Rett' ma die Schütt«:

www.change.org/p/gemeinderat-villach-rett-ma-die-schutt

Raus aus der Knechtschaft der Agrarindustrie

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für eine ökologische und kleinteilige Landwirtschaft sowie sanften Tourismus ein.

Wir meinen, dass die Politik es den Gemeinden ermöglichen muss, selbst im Vertrieb der regional produzierten Lebensmittel tätig zu werden und entsprechende Initiativen zu unterstützen.

100% sozial:

- Artgerechte, ihren Bedürfnissen entsprechende Haltung von Nutz- und Haustieren
- Transparenz bei der Produktion tierischer Produkte, europaweite Tierschutzstandards auf höchstem Niveau
- Bezahlung der Biozertifizierungen aus einem von der konventionellen Agrarindustrie gespeisten Fonds
- EU-Agrarförderung für nachhaltige und biologische Landwirtschaft anstelle von Förderung von Agrarindustrie und Großgrundbesitz
- Verbot von Totalherbiziden wie Glyphosat, sowie der für das Bienensterben verantwortlichen Neonicotinoide
- Ausrichtung des Tourismus auf die vorhandenen natürlichen und kulturellen Ressourcen Kärntens, anstatt auf Massen- und Eventtourismus

Radikaler Ausbau von Öffis

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für leistbaren und attraktiven öffentlichen Verkehr und Kostenwahrheit beim Güterverkehr ein.

Die derzeitige Art der Verkehrsorganisation verursacht nicht nur einen wesentlichen Anteil am Klimawandel, sondern auch massive Kosten, die nicht von den Verursachern, sondern von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Sauteure Jahreskarten, 30 Minuten-Bus-Intervalle in der Landeshauptstadt und ausgedünnte Öffis am Land, aber auch die an Ortsrändern stehenden Einkaufszentren und damit verbundene tote Ortskerne sind keine Lösung, sondern Teil des Problems.

Als erster Schritt ist ein radikaler Ausbau des öffentlichen Verkehrs erforderlich, da dieser das Rückgrat einer für alle Menschen verfügbaren Mobilität bilden muss. Darauf aufbauend müssen künftig auch alle Raumordnungsentscheidungen getroffen werden. Ergänzend sind sanfte Mobilitätsformen wie Radfahren, Fahrgemeinschaften und Carsharing mittels Elektromobilität zu fördern. Der Güterverkehr auf der Straße muss eingedämmt werden, indem für Transporte eine flächendeckende Maut in einer Höhe eingeführt wird, dass sich regionale Wirtschaftskreisläufe wieder lohnen und nicht das Importieren von Billigprodukten aus Niedrigstlohnländern subventioniert wird.

100% sozial:

- Leistbare und attraktive Tarife mit entsprechenden Vergünstigungen für finanziell Schwächere, wie Kinder, Jugendliche, Lehrlinge, SchülerInnen, StudentInnen und PensionistInnen bis hin zum Nulltarif für Ärmere
- Schnellbahntakt generell nicht mehr als 40 Minuten, zwischen Klagenfurt und Villach 20 Minuten, nach 23 Uhr im Stundentakt
- Busse in und um alle Bezirkshauptstädte maximal im 15 Minuten-Takt bis 23 Uhr, danach entsprechend einem Nachtfahrplan
- Massiv mehr öffentliche Verkehrsangebote auch in abgelegeneren Teilen des Landes
- Eindämmung von Gütertransporten durch Herstellung der Kostenwahrheit für den LKW-Verkehr
- Ausbau der Radwegenetze und Förderung der sanften Mobilität
- Ablehnung des vierten EU-Eisenbahnpakets, das den Bahnverkehr dem Zugriff privater Profiteure öffnet
- Überführung privatisierter Verkehrsinfrastruktur in öffentliches Eigentum
- Verkehrslenkende Maßnahmen durch Verkehrserregerabgaben
- Vereinheitlichung der Parkraumbewirtschaftung
- Förderung und Zurverfügungstellung einer Software für nicht-kommerzielles Carsharing

Neutralität und antifaschistische Verfassung umsetzen

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für Neutralität, Achtung der verfassungsmäßigen Minderheitenschutzbestimmungen und eine aktive Friedenspolitik ein.

Der neutralitätspolitische Status Österreichs ist eine wichtige friedenspolitische Errungenschaft. Die Parlamentsparteien, also dieselben, die auch im Kärntner Landtag das Sagen haben, behandeln aber die Neutralität als Thema in Sonntagsreden und binden uns ansonsten durch Kooperationen immer unverhohlener an die NATO. Auf diese Weise unterstützt die Bundesregierung gegen den Willen der Bevölkerung indirekt Kriege. Es gibt wieder eine stärkere Militarisierung in Europa, Polizeiaufgaben und Militäraufgaben werden auch bei uns gegen jede geschichtliche Erfahrung zunehmend wieder vermischt, zudem verschafft sich jetzt die extreme Rechte über die Regierungsbeteiligung Zugriff auf Polizei und Geheimdienste. Das ist eine Gefahr für die Demokratie.

Kärnten ist die Arena für ein alljährliches Treffen kroatischer Ustascha-Verherrlicher. Der sogenannte »Bleiburger Ehrenzug« ist laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands das größte Neonazi-Treffen in Europa und widerspricht fundamental dem antifaschistischen Auftrag des Österreichischen Staatsvertrags von 1955.

100% sozial:

- Sofortige Einstellung sämtlicher Kooperationen mit NATO-Einrichtungen und der Beteiligung an NATO-Einsätzen
- Eine friedensstiftende Außen- und Sicherheitspolitik, eine aktive Neutralitätspolitik
- Abrüstung des Bundesheers und Umbau zu einer Zivilschutzorganisation
- Investitionen in friedensschaffende Maßnahmen im In- und Ausland – mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit
- Stopp aller Waffenexporte
- Ablehnung aller Durchfahrten, Überflüge und Militärtransporte durch Österreich sowie von Übungen von Armeen anderer Staaten auf österreichischem Boden
- Beendigung der Übernahme von polizeilichen Aufgaben im Inland durch das Bundesheer
- Menschenrechtskonforme Behandlung von Rekruten und Stärkung der Rechte von SoldatenvertreterInnen
- Bessere parlamentarische Überwachung der Geheimdienste
- Keine wissenschaftliche Forschung für Rüstungszwecke an öffentlichen Forschungseinrichtungen
- Ende von öffentlicher Waffenwerbung
- Förderung von kulturverbindenden Projekten
- Endgültiges Verbot des Ustascha-Treffens in Bleiburg/Pliberk

Für menschlichen Umgang mit Geflüchteten

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für Menschenrechte und die Stärkung der Demokratie ein.

Der Abbau sozialer Errungenschaften geht einher mit der Einschränkung der Demokratie. Wichtige Grundrechte werden ausgehöhlt und abgebaut – etwa das Menschenrecht auf Asyl. Menschen auf der Flucht werden als Feindbild dargestellt und damit eine Mauer aufgebaut, hinter der letztlich unsere eigenen Rechte begraben werden. Der Tod von flüchtenden Menschen wird in Kauf genommen, rassistische Politik wird gestärkt, den BürgerInnen werden ihre Rechte gekürzt. Gleichzeitig läuft unter dem Schlagwort der »Sicherheitspolitik« ein europaweiter Prozess der Totalüberwachung von uns allen ab, die letztlich den gläsernen Menschen zum Ziel hat und nie dagewesenen Missbrauch von Daten und Manipulation von Bedürfnissen ermöglicht.

Wir wollen ein solidarisches, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen. Die Angriffe gegen Flüchtlinge sind Angriffe gegen uns alle. Wir wollen uns frei ausdrücken und bewegen, anstatt gegeneinander ausgespielt zu werden. Für alle, die hier leben, gelten dieselben Gesetze, egal ob reich oder arm. Deswegen sollen auch alle in den Genuss aller Sozial- und BürgerInnenrechte kommen. Und was die Transparenz betrifft: Wir wollen sie. Wir wollen endlich wissen, wer die Milliarden aus dem Hypo-Desaster kassiert hat. Wir wollen mehr Transparenz über das Treiben der Herrschenden statt Totalüberwachung und gläsernem Menschen.

100% sozial:

- Wahrung des Rechts auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit
- Schluss mit dem Ausbau des Überwachungsstaates und der Einschränkung unserer Freiheitsrechte
- Wahrung des Menschenrechts auf Asyl – Flucht ist kein Verbrechen! Klare Ablehnung der Beschränkung der Menschenrechte durch »Obergrenzen«-Diskussionen und andere demagogische Einfälle.
- Stärkere Förderung von ehrenamtlichen Initiativen im Asylbereich
- Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Schutzsuchenden: Schluss mit der Stützung von Despotenregimes und der wirtschaftlichen Verheerung regionaler Wirtschaftskreisläufe durch die EU-Wirtschaftspolitik
- Abschaffung des Amtsgeheimnisses, mehr Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger
- Ausbau von Diskriminierungsschutz und Beratungsstellen gegen Rassismus, Deutschnationalismus, Faschismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus.
- Wohnbürgerschaft und Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt seit mehr als drei Jahren in Österreich haben

Es ist genug für alle da!

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für Verteilungsgerechtigkeit ein.

Das reichste eine Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzt mehr als ein Drittel aller Vermögen, die Hälfte der Bevölkerung hingegen nur zwei Prozent. So hat sich z. B. gerade rund um den Wörthersee eine Parallelgesellschaft von Superreichen angesiedelt, die der Bevölkerung den Zugang zu den Ufern großteils einfach weggenommen hat. Unsere Gesellschaft ist klassenmäßig gespalten, und die Spaltung vertieft sich. Die Zahl der Millionäre nimmt zu, die Zahl der von Armut und dem europaweiten Sozialabbau Bedrohten ebenfalls. Die Regierungspolitik ermöglicht den Superreichen, den Banken und den Konzernen Rekordprofite, während vielen Menschen immer weniger bis zum Monatsende bleibt.

Der Reichtum, den wir alle schaffen, soll auch allen zugute kommen. Wir wollen in einem Land leben, in dem der gesellschaftlich geschaffene Reichtum nicht von einer kleinen Schicht der Superreichen privatisiert wird, sondern der Gesellschaft, uns allen zugute kommt. Wir wollen ein Wirtschaftssystem, in dem niemand unter Angst, Ausbeutung oder Ausgrenzung leiden muss.

100% sozial:

- Angemessene Besteuerung der Millionenvermögen durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Besteuerung von Erbschaften ab einer halben Million Euro
- Bekämpfung von Steueroasen und der Steuerhinterziehung der Konzerne
- Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates
- Ablehnung von Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP, Ablehnung einer privater Gerichtsbarkeit
- Schluss mit der europaweiten Kaputtsparpolitik, für ein soziales Europa
- Wasser soll unveräußerliches öffentliches Gut bleiben, jegliche Privatisierung muss unterbunden werden
- Rücknahme aller (Teil-)Privatisierungen von Energieversorgern oder Energieunternehmen
- Vom Staat gerettete Unternehmen sollen in öffentliches Eigentum übergeführt werden.

Barrierefreiheit – für alle!

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der sich alle Menschen in ihrer Vielfalt und Individualität frei entfalten können.

Für viele Menschen ist Ausgrenzung in unserer Gesellschaft leider Alltag – durch Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Sprache, Behinderung und sexueller Orientierung. Viele Menschen finden aufgrund ihres Namens oder ihres Aussehens keine Anstellung. Sie werden im Bus, beim Einkaufen oder beim Ausgehen Opfer von Beschimpfungen und Gewalt. Sie werden in ihrer Freiheit durch zahlreiche Barrieren eingeschränkt. In Krisenzeiten werden die Barrieren größer, Menschen werden gegeneinander ausgespielt.

Daher treten wir gegen jede Form der Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung auf. Bewusstseinsarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen, volle rechtliche Gleichstellung aller Menschen und die strenge Anwendung von Antidiskriminierungsgesetzen ist unerlässlich. Menschen mit Behinderung sollen ohne Einschränkung am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Würde des Menschen muss in allen Belangen an vorderster Stelle stehen.

Wir wollen die #rotekartezeigen für:

- Aktionsprogramme gegen Rassismus, Antisemitismus, Minderheitenfeindlichkeit und andere menschenfeindliche Haltungen in allen gesellschaftlichen Bereichen
- Aktive antifaschistische Politik und aktive Würdigung aller, die im österreichischen Widerstand gegen den Nazifaschismus waren, Verstärkung der Gedenkpolitik durch mehr Angebote und höhere Subventionierung für gedenkkulturelle Aktivitäten in Schulen und in der Öffentlichkeit.
- Beendigung der gesetzlichen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Wer eine Ehe eingehen will, soll das tun können mit wem er/sie will
- Präventions- und Aufklärungsarbeit in Gewerkschaften und Schulen mit Hilfestellungen für Betroffene vor Ort
- Strengere Anwendung der Gesetze gegen Rassismus, Antisemitismus und Verhetzung
- Schluss mit der Förderung von Vereinen, die sich nicht von Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und antidemokratischen Haltungen klar distanzieren, Minderheitenrechte einschränken oder die Minderheitenschutzbestimmungen der österreichischen Verfassung verletzen
- Höheres Tempo bei der Herstellung baulicher Barrierefreiheit
- Ausbau der Freizeitassistenz, Ermöglichung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Beeinträchtigung
- Ein Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, das einklagbare Rechte einschließt

Teilhabe statt Ohnmacht

KPÖ Kärnten/Koroška setzt sich für eine Demokratie ein, die nicht auf das Kreuzerlschreiben auf Wahlzetteln beschränkt wird.

Immer mehr Menschen fühlen sich in den bestehenden politischen Strukturen als Fremde. Sie wollen mit »Politik« nichts zu tun haben. Sie gehen nicht zur Wahl, weil ihnen ihre Lebenssituation keine Wahl lässt. Arbeitslosigkeit, existenzielle Unsicherheit oder Druck am Arbeitsplatz relativieren den Glauben, an dieser Demokratie mittels Wahlen etwas ändern zu können.

Täglich wird erfahrbar: Im Hamsterrad der herrschenden Politik und Produktionsweise sind wir auch in hundert Jahren noch zu arm für eine sozial gerechte Gesellschaft. Deshalb macht es auch keinen Sinn, den Kapitalismus optimieren zu wollen. Aber kapitalistische Eigentumsverhältnisse sind kein Naturgesetz. Wir wollen jenen Menschen politische Heimat sein, die gesellschaftliche Verhältnisse jenseits der herrschenden Menschenverwurstungs-Maschinerie denken und entwickeln wollen.

100% sozial:

- Ausbau der parlamentarischen Demokratie hin zu wirtschaftlich demokratischen Strukturen. Privatisierungsstopp in Kärnten. Was alle brauchen, soll allen gehören
- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung. Verpflichtende Wahl eines Betriebsrates ab zehn Beschäftigten
- Stärkung der Gemeinde-Autonomie sowie Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften
- Halbierung der Parteienförderungen, die in Österreich zu den weltweit höchsten zählen, sowie die Begrenzung von Firmen- und Privatpenden. Österreich darf kein "Oligarchien" werden
- Beschränkung der Bezüge von politischen MandatsträgerInnen; sie sollen sich am Durchschnittseinkommen und nicht an Managerbezügen orientieren.

Für eine solidarische Zukunft

Nichts muss so bleiben, wie es ist: Menschenwürde, Frieden, Gleichheit und Solidarität sind kein unerfüllbarer Traum. Nicht Anpassung an das kapitalistische System ist geboten, sondern Widerrede und Bemühen um Alternativen. Wir bemühen uns um Raum für eine Politik im Interesse der Lohnabhängigen, der prekär Lebenden, der Armen, der Jungen wie der Alten, für eine Politik im Interesse der Vielen und nicht der Wenigen. Überall dort, wo wir vertreten sind, versuchen wir auf allen Ebenen, ihre Anliegen aufzugreifen, weil sie auch unsere eigenen sind, und unterstützen Bewegungen außerhalb der Parlamente so gut wir können.

Natürlich ist die Landespolitik nicht für alles verantwortlich, was schief läuft in Österreich. Aber die Landespolitik ist gleichzeitig Teil der Bundespolitik, und kann diese maßgeblich beeinflussen. Die »Landesfürsten« tun dies ja auch, und die Tonangebenden in den Ländern sind aus denselben Parteien wie im Bund. Darum entwickeln wir Vorschläge auch für die Politik auf Landesebene und hoffen, dass sie Zustimmung bei möglichst Vielen finden – ob bei Wahlen oder im Alltag.